

Stade, den 16. August 2009

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

der Bürgerinitiative Stade - Altes Land, Pro erneuerbare Energien kontra Kohlekraftwerke
der Bürgerinitiative für eine umweltverträgliche Industrie, Bützfleth
des BUND Kreisgruppe Stade

Die beiden Bürgerinitiativen und der BUND begrüßen die Entscheidung der Firma E.on, die Stadt Stade nunmehr um die Aufstellung eines Bebauungsplans für das Gelände an der Schwingemündung zu bitten, auf dem sie die Errichtung eines Kohlekraftwerks plant.

Als wir gemeinsam mit der Bürgerinitiative Haseldorfer Marsch „gegen massive umweltbelastende Industrie in Stade“ und dem BUND Landesverband Niedersachsen vor drei Monaten exakt die gleiche Forderung gestellt haben, ließ Herr Rieckhof uns mitteilen, dass er dafür keine Erfordernis sehe. Für uns ist es völlig unverständlich, weshalb der Bürgermeister ohne Not auf die planungsrechtlichen Möglichkeiten der Stadt, auf das Projekt Einfluss zu nehmen, verzichten wollte. Er hatte somit keine Erfordernisse gesehen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und einen rechtlich und demokratisch sauberen Weg einzuschlagen.

Auch die Reaktion der Ratsfraktionen der großen Parteien ließ keine Bereitschaft erkennen, sich einem öffentlichen Diskussionsprozess über die Ansiedlung eines Kraftwerks in Stade zu stellen. Um so überraschender ist es für uns, dass nunmehr beim ersten Vorstoß der E.on in dieser Richtung alle Parteien dies als sinnvollen Verfahrensvorschlag einhellig begrüßen.

Diese plötzliche Kehrtwende des Bürgermeisters und der Ratsfraktionen der sogenannten Volksparteien innerhalb weniger Wochen zeigt, dass man offensichtlich eher gewillt ist den Worten der Industrie zu folgen, als sich mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zu beschäftigen.

Unseres Erachtens kommt E.on durch ihre Initiative der Gefahr, ebenso wie ihr Mitbewerber GdF im baurechtlichen Verfahren zu scheitern, gerade noch rechtzeitig zuvor. Die bisher von E.on und der Stader Verwaltung vertretene Einschätzung, es bedürfe für das Vorhaben keines B-Planes, ist rechtlich zumindest zweifelhaft. Die zu bebauende Fläche ist planungsrechtlich Außenbereich im Sinne des § 35 BauGB. Wenn sich hier auch in früheren Jahren industrielle Anlagen befunden haben, so kann nach Größe und Lage der Fläche nicht die Rede davon sein, dass es sich de facto um Industrieflächen handelt. Die Errichtung von Energieversorgungsanlagen ist zwar im Geltungsbereich des § 35 BauGB grundsätzlich möglich, aber nur, wenn es sich um ortsgebundene Vorhaben handelt. Die Frage, ob ein Kohlekraftwerk eine ortsgebundene Anlage in diesem Sinne ist, ist höchststrichterlich bislang nicht entschieden. Schon aus Gründen der Rechtssicherheit für Stadt und Investor ist deshalb ein B-Plan-Verfahren sinnvoll.

Aber auch im Interesse der Anlieger – Privatpersonen, Firmen und Umlandgemeinden – die mit den Auswirkungen des Projektes konfrontiert sind, erscheint eine detaillierte

fachliche Auseinandersetzung mit der Kraftwerksplanung im Rahmen eines B-Plan-Verfahrens geboten. So kann die Stadt im Rahmen eines vorhabenbezogenen B-Plans

- über die Regelungen des BImSchG hinausgehende Beschränkungen für Luft- und Wasseremissionen festlegen
- Lärmschutzwerte definieren
- Fragen der land- und wasserseitigen Erschließung regeln
- die politische Forderung aller Kreistagsparteien nach einer Kraftwärmekopplung für das Kraftwerk verbindlich festschreiben
- das Maß der baulichen Dimensionierung der Anlagen festlegen.

Die Bürgerinitiativen und der BUND halten angesichts der weltweiten Klimaproblematik den Bau neuer Kohlekraftwerke grundsätzlich für einen Irrweg. Als fossile Übergangstechnologie und als sinnvolle Ergänzung des dynamisch wachsenden regenerativen Energiesektors kommen allenfalls Gaskraftwerke in Frage. Wir werden diese Grundsatzposition, aber auch Vorschläge zu Einzelfragen in das Verfahren einbringen.

Wenn der wiederholt von verschiedenen Stader Politikern geäußerte Wille, man wünsche nur ein und auf keinen Fall drei Kraftwerke in Stade nicht nur ein frommer Wunsch, sondern Wirklichkeit werden soll, dann muss die Stadt ihre nach wie vor bestehenden rechtlichen Einflussmöglichkeiten im Rahmen von Bebauungsplänen für alle drei potentiellen Kraftwerksstandorte nutzen.

Kontakte:

Bürgerinitiative Stade - Altes Land, Pro erneuerbare Energien kontra Kohlekraftwerke
Reinhard Elfring, 04141-778151, r.elfring@t-online.de

Bürgerinitiative für eine umweltverträgliche Industrie, Bützfleth
Dr. Jochen Witt, 04146-291, jochen.witt@ewtel.net

BUND Kreisgruppe Stade
Silke Hemke, 04141-62822, silkeulrichhemke@t-online.de